

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Anja Hajduk, Ekin Deligöz, Dr. Tobias Lindner, Kai Gehring, Sven Lehmann, Markus Kurth, Claudia Müller, Beate Müller-Gemmeke, Stefan Schmidt, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Dr. Janosch Dahmen, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Steffi Lemke, Dr. Irene Mihalic, Filz Polat, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Margit Stumpp, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 19/22600, 19/22601, 19/23324, 19/23325, 19/23326 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021  
(Haushaltsgesetz 2021)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung fährt weiter kurzfristig auf Sicht. Einen langfristigen Plan, wie wir sicher und planbar durch die Corona-Krise kommen, hat die Bundesregierung nicht. Zwar verlängert die Bundesregierung die Unternehmenshilfen, aber darüber hinaus ist der Haushalt insgesamt enttäuschend. Er betreibt lediglich Schadensbegrenzung. Der Haushalt hat zudem eine soziale Schieflage und lässt Arbeitslose und Solo-selbstständige im Regen stehen. Außerdem fehlen klare Investitionszusagen in Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung über die akute Corona-Krise hinaus. Doch ohne eine verlässliche und langfristige Investitionsstrategie wird es keinen Aufbruch geben. Unternehmenshilfen werden ohne ökologische Vorgaben vergeben und Milliarden an klimaschädliche Subventionen verschwendet. Dieser Haushalt ist eine Gefahr für das Klima.

Dass die Bundesregierung und Koalition in dieser schweren Krise Kredite aufnehmen, ist verständlich und richtig. Man darf jetzt nicht in die Krise hineinsparen. Jetzt muss alles getan werden, damit die Stabilität des Gesundheitssystems gesichert wird, die Wirtschaft und Beschäftigte geschützt und soziale Notlagen verhindert werden können. Die Kosten des Nichthandelns wären sehr viel höher – ökonomisch und sozial.

Im Moment kann die Bundesrepublik Deutschland zu negativen Zinsen Kredite aufnehmen. In einer solchen Situation auf Kredite zur Überwindung einer tiefen Wirtschaftskrise zu verzichten, wäre hochgefährlich.

Nach der Bazooka darf nicht die Abrissbirne kommen

Die Lücken in der Finanzplanung ab dem Jahr 2022 sind offensichtlich. Das liegt auch daran, dass Olaf Scholz ab 2022 unbedingt zur unveränderten Schuldenbremse zurückkehren will, obwohl niemand weiß, wie dann die Lage ist. Bisher hat der Finanzminister 60 Milliarden Euro an Globalen Minderausgaben und Globalen Mehreinnahmen von 2022 bis 2024 geplant. Doch Olaf Scholz weiß nicht, wie er diese Lücken füllen will und setzt auf das Prinzip Hoffnung. Das ist riskant und birgt die Gefahr einer harten Sparpolitik. Das muss unbedingt verhindert werden. Der Finanzminister muss deswegen einen konkreten Plan vorlegen, wie die langfristigen Folgen der Krise im Haushalt gelöst werden können. Dazu gehört auch, den viel zu kurzen und harten Tilgungsplan für die Corona-Kredite zu ändern. Notwendig sind jetzt politisch verbindliche Garantien, nach der Krise weder in Deutschland noch in Europa auf einen harten Sparkurs einzuschwenken. Längere und flexiblere Tilgungsfristen, mehr Spielraum für kreditfinanzierte Investitionen und ein solidarischer Lastenausgleich müssen zentrale Punkte dieses Plans sein. Nach der Bazooka darf nicht die Abrissbirne kommen.

Haushalt mit sozialer Schieflage

Die Ärmsten der Gesellschaft fallen bei der Koalition durchs Netz. Für die Rettung von Großunternehmen gibt es Milliarden, aber für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II gibt es zum Ausgleich für die Belastung durch die Pandemie nichts. Für die Menschen in den Grundsicherungssystemen sind die Regelsätze ohnehin schon zu knapp bemessen. In Krisenzeiten wie jetzt ist das eine noch schwerere Bürde, bestimmte Lebensmittel sind verteuert, Tafeln und ähnliche Einrichtungen arbeiten nur eingeschränkt. Dringend empfohlene Hygiene- und andere gesundheitliche Produkte erhöhen den alltäglichen Finanzbedarf. Die zunehmende Notwendigkeit, mit der Digitalisierung Schritt zu halten, macht die Anschaffung von digitalen Endgeräten notwendig, die gerade für bedürftige Kinder oder ältere Menschen nicht selbstverständlich vorhanden sind. Ein Krisenaufschlag von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder im Arbeitslosengeld II ist daher notwendig. Das haben Union und SPD abgelehnt. Das ist eine bewusste politische Entscheidung und diese Entscheidung ist unsozial und kaltherzig. Die Bundesregierung lässt gerade die Ärmsten der Gesellschaft im Stich.

Infolge der Pandemie ist mit einer Zunahme von Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu rechnen. Auch wenn das künftige Ausmaß schwer zu kalkulieren ist, bleibt es völlig unverständlich, dass die Regierung die Jobcenter-Finanzierung auf dem Vorkrisenniveau belässt. Sie müssen vielmehr im nächsten Jahr in die Lage versetzt werden, best- und schnellstmöglich sich um Betreuung und Eingliederung kümmern zu können.

Haushalt gefährdet das Klima

Die Bundesregierung hängt mit ihren Maßnahmen viel zu sehr im fossilen Zeitalter fest. Wir brauchen einen Aufbruch aus der Krise, der nicht nur die Auswirkungen der Pandemie heute abmildert, sondern auch die Basis für ein sozial- und klimaverträgliches Morgen schafft. Dass die Bundesregierung milliardenschwere Hilfen an fossile Unternehmen wie Lufthansa, Reisekonzerne oder Werften gibt, ohne dabei klare Standards für mehr Klimaschutz und Arbeitsplätze zu vereinbaren, ist ein unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern. Wer so viel Geld in die Hand nimmt, der muss die

Milliarden für die sozial-ökologische Transformation nutzen und darf keine Blankoschecks für Großkonzerne vergeben.

Die Klimakrise kennt keinen Impfstoff. Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen. Das zeigt sich bei den klimaschädlichen Subventionen. So subventioniert die Bundesregierung immer noch klimaschädliche Produktion mit über 50 Milliarden Euro jährlich. Sei es bei der Flugindustrie, dem schmutzigen Diesel oder der Subventionierung von Plastik. Überall wird durch die Bundesregierung weiter die Klimakrise mit Steuergeldern befeuert. Diese Subventionen endlich abzubauen, das ist das Gebot der Stunde. So erreicht man eine doppelte Rendite. Klimaschädliche Produktion wird teurer und es entstehen gleichzeitig Spielräume im Haushalt, um in Klimaschutz zu investieren. Auf Klimaschutz zu verzichten, wird zudem für den Haushalt teuer. Sollte die Bundesrepublik Deutschland die Klimaziele in den nächsten Jahren reißen, drohen zweistellige Milliardenbeträge an Strafzahlungen durch die Europäische Union. Auch weitere Klimakatastrophen wie Dürren und Hitzeperioden nehmen von Jahr zu Jahr zu und die damit einhergehenden Forderungen nach Hilfs- und Notfallzahlungen belasten die öffentlichen Haushalte weiter.

Im Haushalt der Bundesregierung wird viel zu wenig für Artenschutz, Moore und Wälder getan. Dabei absorbieren weltweit Ökosysteme fast die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die durch menschliche Aktivitäten jedes Jahr entstehen; sie sind wichtigster CO<sub>2</sub>-Speicher und Regulator für das globale und regionale Klima. Nur eine gesunde Natur ist widerstandsfähig gegen die Klimakrise und das Artensterben und kann deren Folgen abmildern: Wasser kann in der Landschaft gehalten, Humus aufgebaut, Moore und Auen können renaturiert werden; gesunde Ökosysteme können das lokale Klima und den Wasserhaushalt regulieren, Dürren und Überflutungen verhindern sowie Natursterben und Artenschwund aufhalten.

#### Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert

Seit Jahren schafft es die Bundesregierung nicht, den Verkehrsetat auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszurichten. Statt endlich die Verkehrswende einzuleiten, baut Andreas Scheuer weiter Autobahnen, versinkt im Pkw-Maut-Skandal und hält am Irrsinn Flugtaxi fest. Bei der Bahn fehlt eine dringend notwendige Strukturreform mit dem Fokus auf das Gemeinwohl, Schienennah- wie fernverkehr sind weiterhin unterfinanziert und bei der Schieneninfrastruktur schiebt Andreas Scheuer einen milliardenschweren Investitionsstau vor sich her. Die Widersprüchlichkeit, der fehlende rote Faden und die unzureichende Lenkungswirkung der verkehrspolitischen Maßnahmen der Corona-Hilfen sind das Gegenteil einer notwendigen Verkehrswende. Das CSU-Verkehrsministerium ist Teil des Klimaproblems und nicht Teil der Lösung. Um das Ziel klimafreundlicher Mobilität zu erreichen, braucht es ein klimapolitisches Straßenbaumoratorium. Alle Straßenprojekte müssen auf den Prüfstand und sind nur dann zu realisieren, wenn sie den Pariser Klimabeschlüssen nachweislich nicht entgegenstehen. Bleibt es bei den im Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehenen Straßenbauprojekten, so wird laut Umweltbericht zum Bundesverkehrswegeplan die Klimaschutzlücke im Verkehrssektor vergrößert. Außerdem muss die LKW-Maut auf alle Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen ausgedehnt und müssen sämtliche externen Kosten einbezogen werden. Die aus dem Straßenneubau freiwerdenden Haushaltsmittel und die Mehreinnahmen aus der LKW-Maut sind so umzuschichten, dass sie den umweltfreundlichen Verkehrsträgern Bahn, Rad und Bus zugutekommen.

### Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen

Die nächsten zehn Jahre bis 2030 entscheiden darüber, ob wir es schaffen, den Wohlstand zu erhalten und fairer zu verteilen. Dafür ist eine große sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft notwendig. Der schnelle Umbau zur Klimaneutralität und die Digitalisierung stellen die Wirtschaft vor enorme Herausforderungen und erfordern daher eine große Investitionsoffensive. Doch die Bundesregierung verpennt das. Seit Jahren fehlt eine konsequente Investitionsstrategie.

Die kommende Dekade muss eine Dekade des Aufbruchs sein, wenn wir die Menschenaufgabe Klimaschutz bewältigen und ökonomisch den Anschluss an Zukunftstrends wie die Digitalisierung halten wollen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, einen großen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre aufzulegen. Dafür braucht es eine Reform der Schuldenbremse, um Nettoinvestitionen zukünftig über Kredite zu finanzieren. In Zeiten einer eskalierenden Klimakrise und einer großen digitalen Transformation auf neue Kredite zu verzichten, ist angesichts historisch niedriger Zinsen ökonomisch und finanzpolitisch gefährlich. Wir brauchen bis 2030 ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und kein Jahrzehnt des harten Sparens und des Investitionsstaus.

### Wirtschaftshilfen zielgenau gestalten

Das Ziel der Bundesregierung, mit den Unternehmenshilfen für den November und Dezember schnell und unbürokratisch helfen zu wollen, ist richtig. Der Staat kann sich diese Hilfen leisten. Nicht zu handeln, wäre mittelfristig viel teurer, als betroffenen Unternehmen jetzt die notwendige Unterstützung zu geben. Die Diskussionen in der Union, die das in Zweifel ziehen, sind daher brandgefährlich. Wer jetzt sagt, wir könnten uns das nicht mehr leisten, erzeugt Unsicherheit, zerstört Vertrauen und riskiert eine niedrige Akzeptanz der notwendigen Einschränkungen. Notwendig ist jetzt allerdings eine Weiterentwicklung der Unternehmenshilfen, weg von der Umsatzorientierung hin zur Übernahme der Betriebskosten. In Verbindung mit einem UnternehmerInnenlohn wird so viel zielgerichteter geholfen und das Geld kommt bei denen an, die es benötigen. Die Kosten der Rettungsmaßnahmen müssen zwischen allen staatlichen Ebenen fair verteilt werden. Bisher trägt der Bund den Großteil der Kosten. Für das Jahr 2021 wird der Bund mit den Ländern über eine stärkere Beteiligung an der Finanzierung der Unternehmenshilfen reden müssen.

### Pflege und Gesundheit stärken

Insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung wurden in dieser akuten Gesundheitskrise zahlreiche gesamtgesellschaftliche Aufgaben übertragen, ohne dass dies zu einer adäquaten Erhöhung des Bundeszuschusses geführt hätte. Die Krise hat uns aber gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem und dessen gerechte Finanzierung sind. Ebenso wichtig sind ein verlässlich finanzierter öffentlicher Gesundheitsdienst und angemessen ausgestattete Gesundheitsämter. Aktuell zeigt sich, dass viele Gesundheitsämter auch aufgrund personeller Schwierigkeit kaum noch ihre Aufgaben erfüllen können. Das öffentliche Gesundheitswesen muss daher nicht nur kurzfristig wie jetzt durch den Pakt „für den ÖGD“, sondern auch auf längere Sicht endlich finanziell, personell und strukturell besser aufgestellt werden. Dazu gehört auch, dass die Expertise des Robert Koch-Institutes als Public-Health-Institution des Bundes deutlich gestärkt wird und hierbei auch die Kompetenzen mit Blick auf eine moderne und zielgruppengerechte Gesundheitskommunikation deutlich verbessert werden müssen. In der aktuellen Krise wird auch der Pflegefachkräftemangel besonders deutlich. Wir brauchen endlich einen Richtungswechsel in der Pflegepolitik der Bundesregierung, damit die gesundheitliche und pflegerische Versorgung immer und überall sichergestellt werden kann. Ein Baustein hierzu ist die doppelte Pflegegarantie.

### Gesellschaftspolitischer Stillstand

Erst vor kurzem hat die Bundesregierung wieder dramatische Zahlen zu Gewalt gegen Frauen bekannt geben müssen. Längst nicht nur in Krisensituationen zeigt sich, wie groß der Bedarf an Frauenhäusern und Fachberatungsstellen ist. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine ausreichende und verlässliche Nothilfe-Infrastruktur versprochen worden – übrigens ist das auch eine aus der von Deutschland unterzeichneten Istanbul-Konvention resultierende Aufgabe. Es sieht aber nicht danach aus, dass die Regierung dieses Ziel gemeinsam mit den Bundesländern erreichen wird. Vor diesem Hintergrund ist ein Engagement des Bundes gerechtfertigt und notwendig.

In Deutschland besteht eine große Bereitschaft zum sozialen Engagement; so war es auch im Lockdown dieses Frühjahrs eindrucksvoll zu erleben. Aber auch vorher hat schon kein Zweifel an der Bereitschaft zum Engagement bestanden. Dies gilt besonders für junge Menschen, die gerne Freiwilligendienste leisten möchten. Ein von der Regierung verschiedentlich in Aussicht gestellter Aufbruch in diesem Feld ist ausgeblieben. Stattdessen wird gerade mal der Status quo gehalten. Der Deutsche Bundestag möchte sich damit nicht zufrieden geben, sondern sieht in den Diensten einen gleichmaßen hohen Wert für die Zivilgesellschaft und die meist jungen Menschen.

### Rechtsextremismus endlich entgegnet

Rassismus und Rechtsextremismus sind erhebliche Gefahren für viele Menschen und verhindern ein chancengerechtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Zwar fanden die dringlichen Appelle der (post)migrantischen Zivilgesellschaft nach den Anschlägen in Hanau und Halle mit der Gründung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus endlich Gehör. Dieser hatte dann auch ein Maßnahmenpaket vorgelegt, allerdings sehr spät, so dass es nicht mehr in konkrete Vorlagen für die Haushaltsberatungen mündete. Die Bundesregierung hat zügig darzulegen, wann und vor allem wie sie die für das Paket angekündigten Finanzmittel genau einsetzen will. So könnten zumindest einzelne Maßnahmen bewertet werden; schon jetzt zeigt sich aber klar, dass eine kohärente Gesamtstrategie fehlt. Für eine langfristige, wirkungsvolle und antirassistische Politik reichen vage und teilweise beliebig aneinandergereihte Vorschläge nicht aus.

Unverbindlich bleibt es auch bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Im Etat des Bundesinnenministeriums ist kein einziger neuer Titel dazu zu finden. Nach wie vor sieht Horst Seehofer keine Relevanz für eine Untersuchung der Sicherheitsbehörden bezüglich rechtsradikaler und rassistischer Netzwerke. Stattdessen soll der Alltag der Polizei untersucht werden. Die oft geforderte Studie zum Racial Profiling bleibt ebenfalls aus.

### Wir haben Platz

Seit Jahren sind die europäischen Regierungen und auch diese Bundesregierung nicht in der Lage, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen. Die schrecklichen Folgen sehen wir im Mittelmeer, wo tagtäglich Menschen sterben. Und wir sehen sie in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern, wie jetzt im griechischen Moria. Wir brauchen dringend einen Neustart der europäischen Flüchtlingspolitik. Deutschland hat mit seiner EU-Ratspräsidentschaft hier eine besondere Verantwortung. Aber wir brauchen auch pragmatische und humane Sofortlösungen. Viele Menschen können nicht darauf warten, dass eine europäische Lösung gefunden wird. Wer in akuter Notsituation auf eine europäische Lösung verweist, will bremsen und das Problem aussitzen. Aber die Menschen auf Moria und den anderen Lagern brauchen jetzt Hilfe. Hunderte Städte und Gemeinden haben längst erklärt: Wir haben Platz. Dieses Signal für die Menschlichkeit bremst die Bundesregierung in Form von Bundesinnenminister Horst Seehofer massiv aus. Und auch der Haushalt bildet das leider

ab. Es braucht mehr Geld für die Aufnahme Geflüchteter aus Moria und vom Mittelmeer.

#### Kommunen nicht im Regen stehen lassen

Die Corona-Krise lässt befürchten, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen und in den Regionen weiter anwachsen. Denn manchen Kommunen fehlte es schon vor der Krise an Geldern für die Sanierung von Bädern, für Schulen, Kultur oder digitale Infrastruktur. Der kommunale Investitionsstau beläuft sich laut KfW-Kommunalpanel 2020 auf 147 Milliarden Euro. Es braucht neue Lösungen, um dieses Investitionsdefizit zu adressieren und den Kommunen bei der Lösung der Corona-Krise zu helfen. Das im Grundgesetz verankerte Versprechen von gleichwertigen Lebensverhältnissen muss endlich eingelöst werden. Dafür braucht es neben direkten Investitionshilfen eine nachhaltige Lösung für die Altschulden der Kommunen und weitere Unterstützung von Städten und Gemeinden bei der Bewältigung der Krisenfolgen. Hier sind vor allem auch die Länder in der Verantwortung, deren grundgesetzlicher Auftrag eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen ist. Um ein weiteres Auseinanderdriften der Qualität der örtlichen Daseinsvorsorge zu verhindern, soll eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge sowohl städtische als auch ländliche Kommunen und Regionen dauerhaft dabei unterstützen, Strukturschwäche zu überwinden. Längerfristig braucht es zusätzlich eine Gemeindefinanzreform, um die Finanzlage der Kommunen grundsätzlich und nachhaltig zu verbessern.

#### Mehr Geld für Rüstung macht die Welt unsicherer

Immer noch fehlt ein langfristiger Aufholplan, um die international zugesicherte Quote von 0,7 % für Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Dafür rüstet die Koalition weiter im Verteidigungsetat auf.

Auch nach Abschluss der Beratungen für den Haushalt 2021 bleibt das Ungleichgewicht zwischen dem Verteidigungsbereich und den für Diplomatie, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit verantwortlichen Ressorts – also dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium – bestehen. Das sendet in Zeiten einer sich verändernden Weltordnung mit neuen Akteuren das falsche Zeichen, denn Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit sind wichtiger denn je, um Krisenländer zu stabilisieren und Perspektiven zu schaffen. Gerade in Zeiten der Pandemie ist es wichtig, dass Deutschland seiner finanziellen Verantwortung in der Entwicklungshilfe und der internationalen Gesundheit nachkommt.

Im Etat des Bundesministeriums der Verteidigung wird nicht gut mit Haushaltsmitteln umgegangen. Hier besteht ein signifikantes Rationalisierungspotential. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen in einem vernünftigen und realistischen Verhältnis stehen. Sie müssen sich am Auftrag der Streitkräfte ausrichten und nicht an irgendwelchen industriepolitischen Interessen. Im laufenden Haushaltsverfahren sind vor diesem Hintergrund Kürzungen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro möglich.

#### Gutes Regieren – Verschwendung und Intransparenz stoppen

Good Governance, gute Regierungsführung, ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Grundsätzlich stellt sich in jedem Haushalt die Frage: Wer profitiert von welchen Maßnahmen und wer sind die Verliererinnen und Verlierer verschwenderischer Haushaltspolitik? Gutes Regieren ist auch geschlechtergerecht. Gender Budgeting ist ein wichtiges Instrument, um einen gerechten Haushalt aufzustellen oder bisher versteckte Handlungsfelder aufzudecken.

Gute Regierungsführung bedeutet auch, dass die Bürgerinnen und Bürger genau nachverfolgen können, wo die Steuergelder hinfließen, dass sie wissen, wie viel die Großprojekte kosten und wo ihr Geld für unsere gemeinsamen Angelegenheiten sinnvoll

eingesetzt wird. Immer mehr Geld des Verkehrsministeriums verschwindet in Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Die Bundesregierung hält aus ideologischen Gründen an dieser für die BürgerInnen teuren und intransparenten Form der Infrastrukturfinanzierung fest. Viele Autobahnprojekte und das Desaster um die Pkw-Maut zeigen die Probleme von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP), insbesondere im Verkehrsbereich. Demokratisch sind ÖPP-Projekte schwer zu kontrollieren, teuer, intransparent und mittelstandsfeindlich. Am Ende gewinnen die Großunternehmen, denn ihre Rendite garantiert der Staat und die SteuerzahlerInnen gucken in die Röhre. Diese teure Form der Infrastrukturfinanzierung hat sich überlebt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artensterbens

- Klima- und umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen, die sich nach Erhebungen des Umweltbundesamtes auf mehr als 57 Milliarden Euro pro Jahr belaufen, konsequent abzubauen und im Bundeshaushalt 2021 kurzfristige Minderausgaben bzw. Steuermehreinnahmen von über 14 Milliarden Euro direkt zu vereinnahmen;
- den CO<sub>2</sub>-Preis im Rahmen des nationalen Brennstoffemissionshandels angesichts der sich weiter zuspitzenden Klimakrise deutlich wirksamer auszugestalten; die dabei entstehenden zusätzlichen Einnahmen weiter zu 100 % an die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zurückzuerstatten;
- als eines der größten Industrieländer der Welt die Verantwortung für den globalen Klimaschutz anzunehmen und seinen fairen Beitrag für die nötige Transformation zu leisten. Diese beinhaltet u. a., dass Deutschland mit 10 % von den in Kopenhagen vereinbarten 100 Milliarden Dollar seinen gerechten Beitrag leistet und diesen allergrößtenteils aus öffentlichen Mitteln finanziert; dafür sind im Haushalt 2021 in einem ersten Schritt 800 Millionen Euro zusätzlich notwendig;
- die Ausgleichszahlungen an Kohlekraftwerksbetreiber aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) in einen Haushaltstitel im Kernhaushalt zu überführen, da der EKF ausschließlich für Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz genutzt werden sollte;
- mit 10 % des Volumens des EKF die Klima- und Biodiversitätskrise mit naturbasiertem Klimaschutz und das Stärken von natürlichen CO<sub>2</sub>-Senken gleichermaßen zu bekämpfen. Mit einem neuen Programm für einen naturbasierten Klimaschutz in der Fläche sollen jene Teile der Natur geschützt bzw. wiederhergestellt werden, die als Kohlenstoff- und Wasserspeicher unersetzlich sind;
- ein Aktionsprogramm Faire Wärme aufzulegen und vorhandene Titel aufzustocken, so dass Mittel in Höhe von mindestens 9 Milliarden Euro bereitstehen. Dies soll dazu dienen, den unzureichenden Anstrengungen beim Klimaschutz im Gebäudebereich sowie der mangelhaften Energieeffizienz wirksam zu begegnen und einen Aufbruch für die Wärmewende zu schaffen. Dazu sollen die Bausteine der Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden zusammengedacht werden, für Wohnhäuser und Quartiere in der Stadt und auf dem Land. Dazu gehören 100 Millionen Euro für die energetische Sanierung öffentlicher Liegenschaften, 2 Milliarden Euro für ein Programm „Gutes Klima im Quartier“ zur energetischen Quartierssanierung und die Erhöhung der Mittel für die Energieberatung auf 200 Millionen Euro. Mit einem Förderprogramm für in Höhe von 500 Millionen Euro für die serielle Sanierung, einem Förderbonus Heizungen auf Basis von 100 % „Erneuerbarer Wärme“, zugleich wird die Förderung für neue Öl- und Gasheizungen sofort eingestellt, ein Programm für 10.000 Wärmespeicher mit mindestens

400 Millionen Euro, die Dekarbonisierung von Fernwärmenetzen mit rund 730 Millionen Euro gefördert und ein Eigenkapitalfonds für Stadtwerke zur Dekarbonisierung in Höhe von 1 Milliarde Euro aufgelegt;

zur Verkehrswende

- den Neu- und Ausbau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Deutschland grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen, indem die Kriterien zur Bewertung der verkehrspolitischen Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit von Verkehrsinfrastrukturen an dem Pariser Klimaschutzabkommen sowie Umwelt- und Naturschutzziele ausgerichtet werden (klimapolitisches Straßenbaumoratorium);
- Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Straßenbau zu stoppen und gesetzlich zu verbieten;
- die Mittel für Busse und Bahnen im GVFG-Bundesprogramm um 1 Milliarde Euro pro Jahr zu erhöhen sowie gezielt Mobilitätsangebote für den ländlichen Raum zu schaffen und diese mit einem Volumen von 500 Millionen Euro pro Jahr im Haushalt zu verankern;
- den Schienenverkehr zum Rückgrat der Verkehrswende und damit zu einer klimafreundlichen Mobilität zu machen. Für den Neu- und Ausbau des Schienennetzes und das netzweite Ausrollen digitaler Leit- und Sicherungstechnik, die Digitalisierung der Schieneninfrastrukturen und ein Sonderprogramm Kreuzungsfreiheit sollen jährlich zusätzlich 2,5 Milliarden Euro investiert werden. Mit der schrittweisen Einführung des Deutschland-Takts lösen wir eine Angebotsoffensive aus, die den Schienenverkehr zur attraktiven Alternative zum Pkw-Verkehr macht. Mit zusätzlich 10 Milliarden Euro Investitionsmitteln für die Schiene über vier Jahre wird der Grundstein für die Verdoppelung der Verkehrsleistung im Personen- wie im Güterverkehr bis zum Jahr 2030 gelegt. Zur Investitionsoffensive bei der Schiene zählen auch ein Bahnhofsprogramm, ein Elektrifizierungsprogramm sowie eine Verstärkung der Mittel für den Lärmschutz an den Schienenwegen;
- die Radfreundlichkeit in der Stadt und auf dem Land umfassend auszubauen und dazu 650 Millionen Euro in 2021 und 2,6 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren aufzuwenden. Es ist notwendig, neue Radwege an Bundesstraßen und neue Radschnellwege zu schaffen, den Fuß- und Radverkehr in Städten durch den Umbau von Kreuzungen zu erleichtern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, Fahrradparkhäuser an Stationen des öffentlichen Verkehrs zu errichten und die Anschaffung von 1 Million Lastenrädern zu fördern;

für eine nachhaltige Landwirtschaft

- mit einem „Investitionsfonds zukunftsfähige Tierhaltung“ in Höhe von 1,6 Milliarden Euro in den nächsten 5 Jahren den Stallumbau voranzubringen und den Betrieben Planungssicherheit zu geben;
- für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren ein Kompetenzzentrum zu errichten und dieses mit 20 Millionen Euro auszustatten;
- mit einem Aktionsplan bäuerlich-ökologische Landwirtschaft in Höhe von 85 Millionen Euro jährlich den regionalen und ökologischen Landbau sowie die Zucht von Zweinutzungsrassen zu fördern;
- das Bundesprogramm Zukunftsfähiger Ackerbau mit 90 Millionen Euro auszustatten;



## für mehr Gerechtigkeit

- die Bundesagentur für Arbeit zusätzlich mit 1 Milliarde Euro auszustatten, um Spielräume für Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld (KuG) und auch bei der Qualifizierung von Kurzarbeitenden zu schaffen. Beim KuG soll für niedrige Einkommen von Beginn an eine höhere Lohnersatzrate gelten, die degressiv ausgestaltet ist. Einkommen mit der Lohnsteuerklasse V sollen beim KuG höher gewertet werden. Beide Maßnahmen haben besonders für erwerbstätige Frauen eine hohe armutspräventive Wirkung;
- die Verwaltungskosten der Jobcenter um 750 Millionen Euro höher zu veranschlagen. Das stärkt die Jobcenter sowohl bei der Leistungsgewährung als auch bei der direkten Betreuung der Kundinnen und Kunden. Zugleich wird damit der Eingliederungstitel entlastet, so dass die Jobcenter im nächsten Jahr mit dem gebotenen Einsatz die Arbeitsmarktintegration fördern können;
- die Regelsätze für Erwachsene in der Grundsicherung, in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, im Asylbewerberleistungsgesetz sowie im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch monatlich um einen Krisenzuschlag von 100 Euro zu erhöhen, für Kinder um einen solchen in Höhe von 60 Euro. Der finanzielle Einsatz des Bundes für diese bedürftigen Menschen ist mit rund 6 Milliarde Euro zu veranschlagen;

## für die ökologische Transformation der Wirtschaft und Digitalisierung

- die Rahmenbedingungen zu schaffen, um nach der Krise einen klimaverträglichen Wiederaufbau der Wirtschaft zu ermöglichen anstatt zum Status quo zurückzukehren. Dafür kommt es insbesondere auf Ideen und Innovationen an. Für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) sowie innovative Unternehmensgründungen sollen mehr Mittel zur Verfügung stehen, außerdem fordern wir ein Gründungs- und Neustartkapital in Höhe von 25.000 Euro für diejenigen, die nach der Krise den Schritt in die Selbstständigkeit wagen;
- trotz Krise den Strukturwandel zu begleiten und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) als Instrument der präventiven Strukturpolitik um eine neue Komponente „Transformation & Strukturwandel“ zu erweitern. Damit sollen auch momentan leistungstärkere Regionen unterstützt werden, die in absehbarer Zeit vom Strukturwandel betroffen sein werden, zum Beispiel durch die Transformation der Automobilbranche. Dafür soll die GRW auf 1 Milliarde Euro aufgestockt werden;
- die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben. Dafür soll in einem ersten Schritt ein ressortübergreifendes Digitalbudget von 500 Millionen Euro aufgelegt werden. Zusätzlich muss eine Technologie-Task-Force gegründet werden, die als zentrale Koordinations- und Beratungsstelle Bundesministerien und -behörden bei der Digitalisierung unterstützt. Eine zügige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist nicht nur für die Bekämpfung der Corona-Pandemie unabdingbar sondern auch für gutes Regieren. Die Gesellschaft und die Wirtschaft benötigen einen Staat, der digital handlungsfähig ist;

## für günstige Wohnungen und lebenswerte Gemeinden

- mit einem neuen Städtebaunotfallfonds auf die aktuelle, coronabedingte Situation in den Innenstädten zu reagieren und in den nächsten 5 Jahren 500 Millionen Euro zu investieren;
- erstmalig „Grüne Freiräume und Wasser für coole Städte“ zu fördern, um Maßnahmen in den Städten zu ergreifen, die das Stadtklima verbessern; dafür sollen 800 Millionen Euro über 4 Jahre investiert werden;

- „Smart Cities“ im Rahmen der Städtebauförderung in Höhe von 290 Millionen Euro zu fördern;
- mit einem neuen Bundesförderprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ in Höhe von 3. Milliarde Euro die Grundlage zu schaffen für mehr bezahlbaren Wohnraum;
- den sozialen Wohnungsbau mit 2 Milliarden Euro zu fördern;
- eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) mit 550 Millionen Euro pro Jahr auszustatten für den Aufbau der allgemeinen und sozialen Infrastruktur und von Planungskapazitäten für strukturschwache, ländliche und städtische Regionen;

#### für Gesundheit und Pflege

- den Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) um 3 Milliarden Euro zu erhöhen, damit weitere coronabedingte Mehrkosten finanziert werden können. Eine weitere Belastung der Beitragszahlerinnen und -zahler sowie der Krankenkassenrücklagen muss vermieden werden;
- dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) 150 Millionen Euro an weiteren Investitionsmitteln zur Verfügung zu stellen. Besonders mit Blick auf den hohen Investitionsbedarf im Bereich der Digitalisierung muss der ÖGD weiter finanziell gestärkt werden;
- die Mittel für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) um 200 Millionen Euro zu erhöhen. Diese müssen als freiwillige, ungebundene Beiträge fließen, damit die WHO ihr Kernmandat mit der nötigen Flexibilität und Planungssicherheit ausführen kann;
- den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung mit einem Bundeszuschuss von 2,7 Milliarden Euro finanziell zu stärken. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer notwendigen Reform der Pflegeversicherung, um die finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu begrenzen;

#### für eine bessere Gesellschaftspolitik:

- für das Nothilfesystem der Frauenhäuser samt dazugehöriger Beratungsleistungen ein neu zu schaffendes Bundesgeldleistungsgesetz zur Inanspruchnahme von diesen Leistungen für das kommende Jahr mit 300 Millionen Euro anzusetzen. Überfällig ist außerdem nach vielen Jahren eine Erhöhung der Finanzausstattung der Bundesstiftung Frühe Hilfen um 14 Millionen Euro;
- für die beiden Instrumente KinderZeit Plus und PflegeZeit Plus 800 Millionen Euro jährlich vorzusehen, um für mehr Entlastung und Flexibilität in Familien zu sorgen, die Erziehung und Pflege mit dem Beruf vereinbaren wollen;
- ein Bundesmodellprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, welches eine fundierte Erprobung und Etablierung einer besser abgestimmten Pflege und Altenhilfe vor Ort ermöglicht;
- 25 Millionen Euro bereitzustellen für einen Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt; Bestandteil sollen dabei sein: Maßnahmen zur gesellschaftlichen Aufklärung, zur Beratung und zur Teilhabsicherung;

für eine bessere Bildungspolitik

- die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation als wichtige Zukunftsinvestition weiter zu steigern, um mit Blick auf die globalen Herausforderungen – und insbesondere während einer Pandemie – gerechten Zugang zu Bildung zu schaffen sowie die verstärkte Förderung von Forschung und Innovation zu sichern;
- für die gezielte Unterstützung von Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren ein fünfjähriges Bundesmodellprogramm aufzulegen und mit insgesamt 2 Milliarden Euro auszustatten;
- für die Anschaffung von geeigneten mobilen Luftfiltern für Bildungseinrichtungen zügig ein Förderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro aufzulegen, um finanzschwache Kommunen bzw. Quartiere in den drei Stadtstaaten zu unterstützen;
- durch die Corona-Pandemie in Not geratene Studierende zu unterstützen, indem das BAföG im Sinne einer Nothilfe geöffnet wird;
- mit einem vierjährigen Förderprogramm „Klimaneutrale Wissenschaft und Forschung“ mit insgesamt 600 Millionen Euro bestehende Initiativen für Klimaschutz auf dem Campus weiter voranzubringen und neue Lösungen für den sozial-ökologischen Wandel zum Schutz des Klimas und unserer Lebensgrundlagen zu entwickeln;

zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft, für Integration und gegen Rechtsextremismus und Rassismus

- die Qualität der Asylverfahren zu verbessern durch den Aufbau einer flächendeckenden, unentgeltlichen, fachlich qualifizierten und unabhängigen Asylverfahrensberatung;
- die Migrationsberatung für Erwachsene um 8 Millionen Euro zu erhöhen;
- für eine Qualitätsoffensive bei den Integrationskursen sowie einer coronabedingten digitalen Anpassung der Kurse zusätzlich 200 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen;
- einen Partizipationsrat als rassismuskritisches Beratungs- und Dialoggremium einzurichten und mit 3 Millionen Euro auszustatten;
- erstmalig eine strukturelle Förderung von MigratInnenorganisationen und (post)migrantischen Organisationen in Höhe von 5 Millionen Euro bereitzustellen;
- die Antidiskriminierungsstelle des Bundes aufzuwerten und mit einer deutlichen Erhöhung des Jahresbudgets auf 25 Millionen Euro zu stärken;
- eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informationsstelle für antiziganistische Vorfälle einzurichten und dafür 5 Millionen Euro bereitzustellen;
- eine Projektförderung für die Kultur und Sprache von Sinti\*<sup>z</sup>ze und Rom\*<sup>n</sup>ja zu etablieren und mit 500.000 Euro zu unterstützen;
- eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft einzurichten und dafür 2 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen;
- die dringend notwendige wissenschaftliche Untersuchung der aufgedeckten rechtsextremistischen Netzwerke in den Sicherheitsbehörden durchzuführen sowie die Stelle einer/eines Polizeibeauftragten für die Belange der Polizistinnen und Polizisten zu schaffen;
- mit zusätzlich 300 Millionen Euro für Freiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst deren Angebote zu verdoppeln und die Konditionen für die Ableistung der Dienste zu verbessern;

für Frieden und Entwicklung

- die humanitäre Hilfe um 500 Millionen Euro zusätzlich zu stärken. Davon dienen 50 Millionen Euro für Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen in humanitären Bedarfssituationen, um den gestiegenen humanitären Bedarfen insbesondere in Anbetracht der globalen Corona-Krise gerecht zu werden. Darüber hinaus gilt es, die multilaterale Zusammenarbeit auszubauen und die Diplomatie auch personell zu stärken;
- die Förderung der Menschenrechte um zusätzliche 10,5 Millionen Euro zu erhöhen, um den Anforderungen an einen effektiven, wirkmächtigen und proaktiven Menschenrechtsschutz gerecht zu werden, die Zivilgesellschaft konkret zu unterstützen und den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen auszuweiten;
- den globalen Süden in seinem Kampf gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie deutlich zu unterstützen und in diesem Sinne globale Solidarität zu zeigen. Um die Schwerpunkte globale Gesundheit, geschlechtergerechte Gesellschaft, Agrarökologie und zivilgesellschaftliches Engagement umzusetzen, bedarf es zusätzlicher Barmittel in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und Verpflichtungsermächtigungen von 2,3 Milliarden Euro;
- die Mittel für die Ertüchtigung von Partnerstaaten hin zu einem Titel zur „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ umzuwidmen und der ressortgemeinsamen Bewirtschaftung von AA, BMVg, BMZ und BMI zu unterstellen. Mit dieser Umwidmung sollen Projekte für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung in Höhe von 280 Millionen Euro finanziert werden;
- auf das Leasing der bewaffnungsfähigen Drohne Heron TP zu verzichten und damit 125 Millionen Euro einzusparen;
- die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden, das dafür benötigte Trägersystem Tornado stillzulegen und auch keine weiteren finanziellen Mittel für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen, um in Deutschland stationierte US-amerikanische Atomwaffen zu modernisieren. Durch die Streichung dieser Mittel ergibt sich ein Einsparvolumen von über 0,5 Milliarden Euro.

Berlin, den 7. Dezember 2020

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**